

Gemeinsame Pressemitteilung der Handelskammer Bremen, der Handwerkskammer Bremen und der Unternehmensverbände im Lande Bremen e.V.

Handelskammer, Handwerkskammer und Unternehmensverbände lehnen Landesausbildungsfonds entschieden ab

23.05.2022

Die Unternehmen in Bremen und Bremerhaven wollen junge Menschen ausbilden, um ihren massiven Bedarf an Fachkräften zu decken. Aktuell sind noch mehr als 3.000 Plätze frei und können kurzfristig vergeben werden.

Mit völligem Unverständnis reagieren daher Handelskammer, Handwerkskammer und Unternehmensverbände auf den Vorstoß der Wirtschaftssenatorin, einen Landesausbildungsfonds einzurichten und noch vor der nächsten Bürgerschaftswahl im Mai 2023 ein entsprechendes Gesetz zu beschließen. Die Unternehmen sollen nach dem Entwurf der Wirtschaftssenatorin durch den Landesausbildungsfonds mit zusätzlichen Kosten belastet werden, deren Höhe jährlich steigen kann. Handelskammer-Präses Eduard Dubbers-Albrecht, Handwerkskammer-Präses Thomas Kurzke und der Präsident der Unternehmensverbände im Lande Bremen, Lutz Oelsner, sagen: „Eine zusätzliche finanzielle Belastung der Unternehmen, die perspektivisch mit Sicherheit auch ansteigen wird, lehnen wir entschieden ab. Es ist unverständlich, warum Unternehmen, die dringend nach Auszubildenden suchen, zusätzlich zu der häufig ergebnislosen Suche zur Kasse gebeten werden sollen.“ Die zusätzliche Abgabe auf Landesebene sei zudem juristisch fragwürdig, betonen die drei Präsidenten: „Es handelt sich bei der Berufsbildung - insbesondere der dualen Ausbildung - um Bundesrecht, daher werden wir diese Pläne nicht nur auf ihre Sinnhaftigkeit, sondern auch juristisch prüfen lassen.“

Die beiden Kammern und die Unternehmensverbände sehen in den finanziellen Forderungen an die Unternehmen darüber hinaus einen Standortnachteil gegenüber dem niedersächsischen Umland. Die beiden Präses Eduard Dubbers-Albrecht und Thomas Kurzke sowie Präsident Lutz Oelsner betonen: „Im Land Bremen wird von den Unternehmen im Vergleich zum Bundesgebiet mehr ausgebildet. So liegt der Anteil der Auszubildenden an den Beschäftigten im Land Bremen mit 5,0 Prozent deutlich über der Ausbildungsquote der anderen Stadtstaaten Berlin (3,2 Prozent) und Hamburg (4,0 Prozent) und über dem Bundesschnitt. Bei der Ausbildungsquote schneidet Bremen damit sogar besser ab als Bayern – und das trotz wesentlich schlechterer Voraussetzungen in Bezug auf das schulische Bildungsniveau der jungen Menschen. Beispielsweise verlassen jedes Jahr mehr als 600 Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden Schulen im Land Bremen ohne Abschluss. Dieser Zustand ist aus Sicht der Kammern und Unternehmensverbände unhaltbar und muss dringend beendet werden.“

Viele Unternehmen können ihre Stellen nicht besetzen, da die schulische Grundausbildung oftmals mangelhaft ist und damit die Qualifikation der jungen Menschen für eine Ausbildung fehlt. Dabei zeigen die Unternehmen vielfach eigene Initiativen, um junge Menschen für eine duale Ausbildung zu begeistern – beispielsweise durch ein Engagement an Berufsausbildungsmessen, Speeddatings oder die Teilnahme an Berufsparcours vor Ort in den Schulen. Zwar können einige bremische Ausbildungsplätze mit niedersächsischen Jugendlichen besetzt werden, die zum Teil bessere Voraussetzungen und die notwendige Mobilität mitbringen. Allerdings sollten weder

bremische gegen niedersächsische Jugendliche ausgespielt werden noch darf daraus ein Vorwurf an Unternehmen entstehen, zumal der Anteil der unbesetzten betrieblichen Ausbildungsstellen im Land Bremen in den letzten fünf Jahren von unter drei Prozent auf sieben Prozent angestiegen ist. „Statt die Unternehmen weiter zu belasten, sei es dringend geboten, die schulische Grundbildung in Bremen endlich zu verbessern. Der staatliche Bildungsauftrag darf nicht mittels eines Ausbildungsfonds finanziell teilweise auf die Betriebe abgewälzt werden. Weiterhin müssten die Maßnahmen und Instrumente, insbesondere der Jugendberufsagentur zur Berufsorientierung und zum Matching ausgebaut und verbessert werden.“

Außerdem gebe es ein breites Bündnis in Bremen, das sich mitten in der Hochphase der Corona-Pandemie auf ein gemeinsames Engagement für Ausbildung verständigt habe. Mit der Initiative „Ausbildung innovativ“ hatten 27 Partner im März 2021 Maßnahmen vereinbart, um mehr Jugendliche in Ausbildung zu führen und die Anzahl der unbesetzten Ausbildungsstellen bis 2023 zu halbieren. „Die vereinbarten Maßnahmen sollten jetzt bis zum Ende der Legislaturperiode umgesetzt werden“, sagen Präses Dubbers-Albrecht, Präses Kurze und Präsident Oelsner. Die Kammern und die Unternehmensverbände arbeiten an dieser Initiative intensiv mit und sehen auch die eigens eingerichtete Jugendberufsagentur in der Pflicht, mehr für die Ausbildungssuchenden zu tun.